



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/269 - 21.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 099890

Terror gegen die Saargewerkschaft	S. 1
Zur Lage in Kenia	S. 3
Kommunistische Propaganda-Konferenzen	S. 5
Zur Aufhebung des Paragraphen 353c	S. 7

## Die "Ley-Aktion" an der Saar

R.D. Es gibt Parallelen zu der Beseitigung der Gewerkschaftsführung an der Saar: den 2. Mai 1933, als die zur Hilfspolizei ernannte SA die deutschen Gewerkschaftshäuser besetzte, die Gewerkschaftsführer verhaftete oder ihre Ämter entthob und sich in den Besitz des Gewerkschaftsvermögens setzte; und weiter die Gewerkschafts-"Wahlen" im Oktober 1945 in der Sowjetzone, mit den von den russischen Kommandanturen bestimmten Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress in Potsdam. In beiden Fällen handelte es sich um die Ausschaltung des freien Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter in ihrer Gewerkschaft durch die Organe der politischen Macht und um die Entwicklung der Gewerkschaften zu Organen der politischen Macht - zu Staatsgewerkschaften.

Der Vergleich mit der Sowjetzonenentwicklung 1945 ist dabei zutreffender - wenn man sich auch im Falle Saar der praktischen Erfahrung alter SS-Leute bediente, um Kutsch und seine Kollegen, die mit grossem Vertrauen der Saar-Bergarbeiter in den Vorstand gewählt wurden, zu beseitigen - denn an der Saar, wie in der Sowjetzone, geht es vor allem um die politischen und wirtschaftlichen Interessen fremder Mächte und die Drahtzieher der Aktionen sitzen in beiden Fällen in der Kommandantura bzw. "Botschaft" der Besetzer. Sie haben nach berühmten Vorbild die Gewerkschaften "Ley-weise" übernommen. Hier gilt es, die Saar aus dem deutschen

Staatsverband endgültig auszubrechen und zuvor das stärkste Bindeglied zu Deutschland, die Gewerkschaften, als Vertreter der Arbeitnehmer an der Saar mundtot zu machen.

Die Gewerkschaften, und als ihr berufener Sprecher Paul Kutsch, hatten gegen die Regierung Hoffmann, den Grotewohl an der Saar, wie ihn Erich Ollenhauer nannte, und gegen die francophilen Saar-Parteien Stellung bezogen. Sie erklärten sich für demokratische Rechte der Saarbevölkerung, für die nichtzugelassenen deutschen Parteien und für das Verbleiben des Saargebietes im deutschen Staatsverband. Paul Kutsch hatte diesen klaren Auftrag seiner Mitgliedschaft auch auf dem Berliner DGB-Kongress vertreten. Dafür hatte ihm schon in seiner Abwesenheit eine Minderheit des Gewerkschafts-Ausschusses unter fremder Anleitung das Mißtrauen ausgesprochen. SPS-Vorsitzender Kirn hatte sogar eine Aktion gegen ihn angekündigt und Kirn und Genossen haben nun ihren fremden Auftrag erfüllt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Schreiben an die Hohen Kommissare entschieden gegen die Behinderung der saarländischen Gewerkschaften in ihrer demokratischen Tätigkeit durch saarländische Kriminalpolizei protestiert. Er appelliert an die Hohen Kommissare, sich für die demokratischen Grundrechte einzusetzen. Die SPD schliesst sich in ihrer Erklärung diesem Protest in vollem Umfange an und es wäre zu erwarten, dass auch die Bundesregierung in einer offiziellen Erklärung zu den Vorgängen Stellung nimmt. Es kommt darauf an, den Besatzungsmächten klarzumachen, dass alle Versicherungen über die Vorzüge der westlichen Demokratie solange ohne Wert sind, wie die Methoden, nach denen man das Saarvolk behandelt, sich nicht von jenen in östlichen Satellitenstaaten unterscheiden.

Die Saarbevölkerung sollte und will am 30. November eine freie Entscheidung fällen. Sie ist in ihrem aktiven und passiven Wahlrecht behindert.- demokratische Parteien wurden nicht zugelassen - und ihren Kandidaten wurde das passive Wahlrecht entzogen. Schon daraus hielt der Deutsche Bundestag die Voraussetzungen für eine freie Wahl nicht als gegeben. Der Fall Kutsch ist ein neuer demonstrativer Beweis für den Gesinnungsterror an der Saar. Die Verfechter der westlichen Demokratie können nicht an ihm vorübergehen, ohne dass ihre eigene demokratische Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen wird.

Weißer und schwarzer Extremismus

Interview unseres Londoner Korrespondenten  
mit dem Abg. Fenner Brockway

"Das Ergebnis meiner Reise nach Kenia, von der ich soeben zurückgekehrt bin, gibt mir erneute Hoffnung, daß bei einigermaßen gutem Willen der vier beteiligten Rassen (Schwarze, Weiße, Inder, Araber) die brennenden Probleme Ostafrikas sich friedlich und gewaltlos lösen lassen werden". Der Abgeordnete Fenner Brockway gilt als der Sachverständige der Labour Party für die Fragen der farbigen Völker des britischen Weltreiches, die ihrerseits sein Wohlwollen und seine Expertenautorität voll anerkennen. Vor 64 Jahren in Calcutta geboren, hat dieser gütige alte Mann mit dem silberweißen Haar und dem durchgeistigten Gesicht eines Missionars Kolonien und ihre Eingeborenen aus erster Hand studiert, nicht am grünen Tisch, wie so viele derer, die mit ihrem Urteil über Kolonial- und Rassefragen so schnell bei der Hand sind.

Altes Stamessystem in Auflösung

Die von der Presse weitverbreitete Ansicht des Kolonialministers Oliver Lyttelton, daß die gegenwärtige Terror- und Mordkampagne der "Mau-Mau" von ehrgeizigen nationalistischen Politikern künstlich geschaffen sei und keinerlei wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe hätte, lehnt Fenner Brockway betont ab. Das uralte Stamessystem löst sich unter dem Einfluß des modernen Zeitalters auf, und man hat versäumt, etwas neues, entsprechendes an seine Stelle zu setzen. Junge, neuverheiratete Neger, die früher mit ihrem Weib in den Busch zogen und eine neue Farm rodeten, können das heute nicht mehr tun, da Landreserven für weiße Siedler in Anspruch genommen werden. Daher der "Landhunger" vor allem der Kikuyu, die sich ständig vermehren, im Gegensatz zu ihren Nachbarn, den viehzüchtenden Massai, deren Geburtenziffer rückläufig ist. Daher auch die ständige Teilung der Farmen, die mit jeder Generation kleiner und kleiner werden und kaum noch die Familie ernähren. Der Preis der Hauptnahrung der Eingeborenen, "Poscho", einer Maisart, ist seit 1938 um 600 Prozent gestiegen. Die infolge des "Landhungers" massenweise arbeitssuchend in die Städte strömenden jungen Neger hungern bei geringem Lohn und sind vielfach dazu noch wohnungslos - allein in der Hauptstadt Nairobi mit ihren bitterkalten Hochlandsnächten haben 10000 kein Dach überm Kopf. Hinzu kommen Ungeschicklichkeiten in der Verwaltung, die angesichts der

sonstigen britischen Kolonialerfahrung unverzeilich sind. Z.B. hat man die Dorf- und Sippenhäuptlinge, die früher geachtete "Väter" waren, psychologisch unsinnigerweise zu bezahlten Staatsdienern, sozusagen zu Landräten, gemacht, was natürlich ihre Autorität und ihr Vertrauen untergrub. Der "colour bar", d.h. Diskriminierung gegen Farbige in sozialer Hinsicht, hat ebenfalls viel Bitternis verursacht.

#### Aus der Verzweiflung geboren

Gegen diesen Hintergrund angesammelten Unrechtsgefühls und wachsender Hoffnungslosigkeit entstand Mau-Mau, jene Terrororganisation der Verzweiflung und des alten heidnischen Stammesaberglaubens, die ihre Mitglieder auf den Leichen von Opfertieren furchtbare, rüthafte Eide schwören läßt und dann die so Eingeschworenen mit Rasiermesserschnitten am Arm kennzeichnet - zum Ausweis vor den Mitverschworenen, doch auch zur Erleichterung der Polizeiarbeit. Dennoch, so betont Fenner Brockway, richteten sich die Gewalttaten zuerst lediglich fernerartig gegen "Verräter" in den eigenen Reihen der Kikuyu. Vor Ende September wurde kein einziger Europäer belästigt oder ermordet. Erst als in Abwesenheit des in Urlaub weilenden alten Gouverneurs ein höherer Beamter die berüchtigten Notverordnungen erließ, durch die alle Schwarzen quasi vogelfrei wurden und vor allem auch die politische Tätigkeit der "Kenya African Union" unterbunden wurde, griff die Terrorwelle auch auf die Weißen über. Mau-Mau hat mit der K.A.U. nicht mehr und nicht weniger zu tun, als etwa eine kommunistische Betriebszelle innerhalb einer Gewerkschaft. Doch selbst Mau-Mau hat keine kommunistischen Ursprünge.

Die einzigen Kommunisten in ganz Kenia sind einige wenige Inder, die längst hinter Schloß und Riegel sitzen. Die Mitglieder des jetzigen Vorstands der K.A.U. sind Christen und lehnen Mau-Mau ab, wenngleich sie nicht etwa Regierungsmarionetten sind, sondern die politischen Ziele der K.A.U. - bessere Schulen, Selbstregierung, Landreform - mit politischen Mitteln verfolgen wollen. Wenn die Regierung ihnen die (durch die Notverordnungen unterdrückte) politische Handlungsfreiheit zurückgäbe, so könnten sie kraft ihres Ansehens zur Bekämpfung des Mau-Mau-Extremismus mehr tun, als alle Polizeiaktionen.

#### Von Malans Rassenhaß beeinflusst

Doch wendet sich gegen diese vernünftige Maßnahme jener Teil der weißen Siedler, denen die K.A.U. gerade wegen ihrer Friedlichkeit viel unheimlicher ist, als die Mau-Mau-Bewegung, der man wenigstens mit extremen Mitteln, mit Gewehren und Verhaftungen, mit Einkerkern und dem "Gegenzauber" regierungsbezogener "Medizinmänner" beikommen kann. Diese Siedler sind in ihrer Mehrzahl Südafrikaner und daher von vornherein von Malans Rassenhaßmethoden beeinflusst. Doch fand Fenner Brockway zu seiner angenehmen Überraschung, daß ein großer Teil der weißen Siedler, vor allem diejenigen britischer Herkunft, viel vernünftiger, liberaler dachten, viel mehr bereit waren, eine friedliche Lösung in Zusammenarbeit mit den anderen Rassen der Kolonie anzustreben, als er befürchtet hatte. Selbst die Siedler, die aufgrund der extremen Hetze bei Brockways Ankunft am Flugplatz gegen ihn demonstriert hatten, saßen am Ende friedlich mit ihm zusammen und berieten in Gemeinschaft mit Vertretern der Neger, Inder und Araber, was getan werden könne, um Kenia Ruhe und allseitige Gerechtigkeit zu verschaffen. Fenner Brockway beabsichtigt, im Einvernehmen mit der Leitung der Labourfraktion, eine baldige Debatte über Kenia im Unterhaus herbeizuführen.

Ein Friedenskongreß ohne Friedensschalmeien

S-K. Die kommunistischen Agitatoren haben ein neues Thema 1: Die Vorbereitung des sogenannten "Völkerkongresses für den Frieden" am 12. Dezember in Wien. Die Druckerschwärze mit der stalinschen Prophezeiung über die Möglichkeit des Ausbruchs von Konflikten der westlichen Völker untereinander ist kaum getrocknet, als bereits die ersten kommunistischen Bemühungen sichtbar werden, der politischen Entwicklung im Sinne ihres Herrn und Meisters nachzuhelfen. Man kann den sowjetischen Veranstaltern dieses Kongresses glauben, daß dieser Kongreß von besonderer Bedeutung ist und nichts mit den üblichen Friedenskongressen zu tun hat. Es wäre für den Kreml auch zu leichtgläubig gewesen, sich von einem Friedenskongreß im Herbst 1952 aus einer Stadt Wirkung zu versprechen, die deshalb keinen Frieden haben kann, weil Moskau es nicht will. Unverbohlener als es bisher üblich war, spricht man über das eigentliche, militante Ziel dieses Kongresses, vor dem uns Deutschen umso weniger wohl sein kann, als die Sowjets auf dieser Konferenz die Deutschlandfrage in einem Sinne zu behandeln wünschen, an dem uns nichts gelegen sein kann.

Seit Wochen trommelt die kommunistische Propaganda, seit Wochen haben die Menschen im sowjetischen Machtbereich mit neuen Selbstverpflichtungen zur Mehrarbeit im Sinne der kommunistischen Aufrüstungspläne zu antworten. Das eigentliche Ziel dieser Kampagne aber liegt im Westen. Es ist der Versuch zur Aktivierung aller Organisationen an der Moskauer Strippe, in Frankreich wie in Indochina und in Indien wie in Mexiko und in Deutschland.

c Schon die Vorbereitung der Konferenzen unterstreicht, was man plant: Die Hervorkehrung nationalistischer Parolen, von denen man sich die politische, und als Folge auch militärische Zersetzung des Westens verspricht. In Moskau ist man wieder einmal bereit, die antideutsche Karte zu spielen. Durch die Schürung der Furcht vor Deutschland soll die Deutschlandfrage zu einem explosiven Element werden, das der sowjetischen Außenpolitik wenigstens in ihrer Wirkung die Resonanz verschaffen soll, die ihr bisher versagt blieb.

Für die deutsche Politik und die Aussichten auf die Wiedervereinigung Deutschlands entscheidender als die Deklamationen von Wien aber

dürfte die Zielsetzung sein, die hinter dem am 28. und 29. November in Ostberlin über die Bühne gehenden "Deutschen Kongreß für Verständigung und Frieden" erkennbar wird. Schon einmal, anlässlich des Versuches zur Schaffung einer gesamtdeutschen Repräsentation zur Londoner Außenministerkonferenz, wurde eine sogenannte Volkskongreßbewegung ins Leben gerufen, die dann konsequent zur Gründung der Sowjetzonenrepublik führte. Erst wieder der kürzliche Eintritt Dr. Gereckes in die Nationale Front und der vor kurzem zu Ende gegangene "Internationale Kongreß zur friedlichen Lösung der deutschen Frage" haben unterstrichen, wie sehr es den Sowjets darum zu tun ist, gesamtdeutsche Gremien zu schaffen, deren Zustimmung es ihnen ermöglichen soll, Entscheidungen ihrer Satelliten als Entscheidungen für Gesamtdeutschland zu betrachten.

Hier erklärt sich im Zusammenhang mit dem Notenwechsel Ost-West das erneute Hervorholen jener Forderung nach gesamtdeutschen Gesprächen. In diesem Sinne erhält auch das sogenannte kommunistische "Programm zur Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" seine aktuelle Bedeutung. Darin liegt aber auch eine letzte Warnung an jene Ost-West-Reisenden von den - gelinde gesagt - Illusionen eines Dr. Josef Wirth, einer Katharina von Kardorff-Oheimb, einer Maria Fassbinder, eines Wilhelm Elfes und an alle diejenigen, die sich von gesamtdeutschen Gesprächen etwas erhoffen.

+ + +

#### Die Ostzone in amerikanischer Sicht

(sp) Die "Chicago Daily News", eine der größten Zeitungen Amerikas, veröffentlichte dieser Tage auf der ersten Seite einen umfassenden Bericht ihres Auslandskorrespondenten David N. Nichol über die Zustände in der Sowjetzone. Der Bericht enthält detaillierte Angaben über das Ausmaß der durch eine verfehlte Agrarpolitik in der Zone hervorgerufenen Ernährungskrise und gibt ein ungeschminktes Bild des Terrors, dem 18 Millionen Deutsche ausgesetzt sind. Der amerikanische Journalist ist überzeugt, daß bei freien Wahlen in der Sowjetzone die SPD alle anderen Parteien zusammengenommen an Wählerstimmen überflügeln würde.

+ + +

Heffnungsvolle Einsicht

(sp) Der Bundesjustizminister hat dieser Tage die Anordnung der Strafverfolgung nach § 353c gegen deutsche Journalisten zurückgenommen. Nach mehr als 12 Monaten erfährt damit eine Prozessangelegenheit eine Wendung, die die Presse in eigener Sache mit besonderer Gemugtuung verzeichnet. Der Bundesjustizminister hat sich schliesslich den Argumenten, die für diese Massnahme sprachen, nicht entziehen können, nachdem zunächst auch bei ihm erhebliche Widerstände gegen die Aufhebung der Strafverfolgung bestanden hatten. Mit der neuen Einstellung des Bundesjustizministers hängt auch die Terminabsatzung in dem Verfahren Schulze Gaede zusammen, in einem Verfahren, das mit den seit einem Jahr anstehenden Ermittlungen über die sogenannten Pressedelikte im Zusammenhang steht.

Die Aufhebung der Anordnung der Strafverfolgung nach § 353c durch den Bundesjustizminister bedeutet zugleich, dass der Kampf des Deutschen Journalistenverbandes um die Aufhebung dieses Paragraphen, der den Staatsbürger für einfache Amtsgeheimnisse haftbar macht, zu einem vollen Erfolg geführt hat. Die letzte Konsequenz kann nunmehr nur sein, die völlige Abschaffung dieses Paragraphen herbeizuführen. In diesem Kampf hat Rechtsanwalt Dr. Curt Bley durch sein Gutachten über § 353c entscheidend zur Klärung der Situation beigetragen. Es ist nur zu hoffen, dass die von ihm im Auftrage des Deutschen Journalistenverbandes beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe anhängig gemachte Feststellungnahme zur Aufhebung dieses Paragraphen führen wird. Damit würde zugleich die auf parlamentarischer Ebene in Vorbereitung befindliche Gesetzgebung zur Klärung aller Fragen des Amtsgeheimnisses unter Abschaffung des § 353c ergänzt werden.

Was die noch schwebenden Ermittlungsverfahren gegen Journalisten betrifft, so sollte man in dem Augenblick, in dem die Einsicht über die Unanwendbarkeit des § 353c allgemein durchbricht, annehmen dürfen, dass auch die weiteren Forderungen des Deutschen Journalistenverbandes nach einem Amnestie-Gesetz für etwaige andere Tatbestände, die ja im inneren Zusammenhang mit den Verfahren nach § 353c stehen, erfüllt werden. Dafür aber ist der Bundestag zuständig.

---

Verantwortlich: Peter Raunau

Nr. 12/52

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Frauenbüro  
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170 20.11.52 Go/Ka  
Tel 7654

### SPD und die Gleichberechtigung

In seiner Sitzung am 14. und 15. November billigte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den vom rechtspolitischen Ausschuss und vom zentralen Frauenausschuss der Partei vorbereiteten Entwurf zu einer Reform des Eherechts nach Artikel 3 des Grundgesetzes.

Der SPD - Vorstand beschloss gleichfalls, nicht in eine Fristverlängerung für die Abänderung der Zivilrechtsparagrafen, die dem Artikel 3 des Grundgesetzes widersprechen und bis zum 31. März 53 abgeändert werden müssen, einzuwilligen.

### Dezembernummer der Monatszeitschrift "Gleichheit"

In der Dezembernummer der "Gleichheit" erscheint u.a. ein Artikel der Bundestagsabgeordneten Gertrud Lockmann über die Senkung der Kaffeesteuer, der Text der Neufassung des Übereinkommens über die Abänderung des Washingtoner Abkommens zum Mutterschutzgesetz, ein ausführlicher Artikel über die Arbeit der weiblichen Polizei und Berichte aus der Ostzone.

### Sitzung des SPD-Frauenausschusses

Am 13. Dezember tritt der zentrale Ausschuss für Frauenfragen der SPD in Bonn zu einer Sitzung zusammen.

### Internationale Propagandakonferenz

Vom 6. - 8. Dezember findet in Brüssel eine von der Sozialistischen Internationale veranstaltete Expertenkonferenz über Fragen der politischen Erziehung und Werbearbeit statt, auf der u.a. auch die speziellen Probleme der politischen Erziehungsarbeit unter den Frauen behandelt werden. Von den Frauen der Sozialistischen Internationale werden u.a. an dieser Expertenkonferenz teilnehmen: Rita de Bruin, Holland, die Sekretärin des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees Margarete Kissel-Brutschy, Schweiz, und Herta Gotthelf, Deutschland.

Die Stellung der Frau in der UdSSR. Das SPD-Frauenbüro bereitet eine Denkschrift über die Stellung der Frau in der UdSSR vor.